

Juist: Streit um die Bahn

Der Riß klafft quer durch die politischen Parteien, Vereine, Stammtisch-Bruderschaften und sogar durch die Familien auf der Ferieninsel Juist: hie Hafen, da Inselbahn.

Acht der zwölf Gemeinderatsmitglieder sind der Meinung, ein neu zu bauender Hafen sei „die richtige Richtung“ – in dieser Hinsicht in vollem Konsens mit dem alerten Leiter der Zubringer-Reederei Norden/Frisia, Ulfert Stegmann, Mit Bürgermeister Hans Wiers an der Spitze votieren sie für den Neubau eines etwa 12 Millionen teuren Landeshafens vor dem Deich in Ortsnähe. Die Inselbahn, bislang noch Juists nostalgisches Wahrzeichen, sei wegen der prekären Ersatzteillage nicht mehr zu halten. Der Reeder hat es vorgerechnet; Bahn und Anleger sind ein Lizenzbetrieb seines Unternehmens.

Eine Ratsminderheit, die sich auf breite Kurgast-Resonanz und einen Teil der 2500 Einwohner stützen kann, opponiert heftig. Die Erhaltung der Bahn sei möglich und werde nicht mehr kosten als ein neuer Hafen. Dafür vermeide sie Risiken, die ein Hafen mit seiner Verführung zum Massentourismus nahezu zwangsläufig in sich berge. Das „Nadelöhr“ der vielgeliebten Inselbahn mit ihrer etwa 800 Meter langen Gleisstrecke über See sei nicht nur ein erhaltungswürdiges „Denkmal“, sondern auch ein Korrektiv gegen die Denaturierung Juists zur „Rummel-Insel“.

Die 17 Kilometer lange und zum Teil nur 500 Meter breite Insel ist ein fragiler Organismus, ökonomisch und auch ökologisch gesehen. Wirtschaftlich eine Monostruktur: ohne das Stammpublikum der jährlich rund 78 000 Juist-Besucher würde das Eiland zum Armenhaus. Dieses Stammpublikum ist aber sehr eigen, es liebt die naturbelassene Juister Improvisation, die man nicht wegperfektionisiert, sondern höchstens „kultiviert“ sehen möchte. Im Grunde wissen das die Kurverwälter von Juist auch: „Einmal Juist – immer Juist“ lautet der Prospekt-Slogan.

Darf eine Insel „eine Insel“ bleiben? Auch ökologisch stellt sich die Frage, Der Hafen würde wahrscheinlich motorisierte Zugmaschinen für den Frachttransport nötig machen, während jetzt alles mit dem Inselbähnchen zum zentral gelegenen Bahnhof gebracht und von dort mit Pferdewagen abgefahren werden kann. Und schließlich die „Tagesgäste“, die in vermehrter Zahl über einen Hafen „angelandet“ werden könnten. Schwappt dann eine Massen-Woge über Dünen, Deich und Strand?

Keiner weiß es, auch nicht der Gemeinderat. Zwei vorliegende Gutachten gelten ausschließlich den Kosten-Nutzen-Analysen für Bahn oder Hafen, sie haben sich gegenseitig neutralisiert Eine soziokulturelle Strukturanalyse möglicher Folgen hat bislang niemand in Betracht gezogen.

Der stellvertretende Bürgermeister Albert Freese trat in der entscheidenden öffentlichen Sitzung gegen die eigene Parteimehrheit und gegen die fast schon Institution gewordene

Meinungskraft des langjährigen Bürgermeisters auf. Für Juist seien Werte wie Heimatrecht, insulares Lebensmilieu und nicht zuletzt auch Intaktheit der derzeitigen Wirtschaftsstruktur die primären Interessen, Hier habe Strukturplanung über Geschäftspolitik und sogar über einen oft im Verwaltungsdenken liegenden Bereinigungs-Perfektionismus zu gehen.

Um den zweiten Bürgermeister scharte sich ein Fähnlein von drei weiteren „Aufrechten“ aus CDU und SPD , die sich sonst kommunalpolitisch eher attackieren. Die Entscheidung fiel, wie gesagt, dennoch mit acht gegen vier Stimmen für die Hafenzulassung. Vorher hatten die Zuhörer den Inselbahnverfechtern so lautstarke Ovationen dargebracht, daß ein Vertreter der Hafenzulassung von „Meinungsterror“ sprach und der Bürgermeister mit Saalräumung drohte.

Juist ist in zwei Lager polarisiert. Nur beginnt ein Lehr- und Lernstück in ostfriesischer Demokratie, und es beginnt recht ehrenvoll, nach großem Muster, In Ostfriesland gab es schließlich bereits kurz nach der Jahrtausendwende Bauernrepubliken mit gewählten „Konsuln“ an der Spitze.

Der Streit um Bahn und Hafen geht in den zweiten Akt: Der mit der Ratsmehrheit nicht einverstandene Bevölkerungsanteil will einen „Bürgerantrag“ einbringen. Nach der Niedersächsischer Gemeindeordnung bedarf es dafür mindestens fünf Prozent der Einwohnerschaft. Die hofft man leicht zu bekommen. Durch den Bürgerantrag kann eine Neubehandlung der strittigen Frage im Rat erzwungen werden. *Karl Koch*

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/1979/36/juist-streit-um-die-bahn>